

Gutachten

betreffend

Beendigung der vorläufigen Aufnahme

erstattet von

Prof. Dr. iur. Martina Caroni, LL.M. (Yale)

Ordinaria für öffentliches Recht, Völkerrecht und
Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht an der Universität Luzern

in Zusammenarbeit mit

Monika Plozza, MLaw

Wissenschaftliche Assistentin an der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern

15. Juni 2020

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
I. Ausgangslage und Auftrag	1
II. Die vorläufige Aufnahme	2
a. Die vorläufige Aufnahme: Entstehung und Entwicklung	2
b. Die Regelung der vorläufigen Aufnahme nach geltendem Recht.....	3
c. Die Schaffung weiterer Ausschlussgründe durch die Revisionsvorlage.....	6
III. Die Beendigung der vorläufigen Aufnahme.....	7
a. Die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme	7
b. Das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme nach geltendem Recht	8
c. Das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme nach der Revisionsvorlage.....	11
IV. Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme und Beendigung der vorläufigen Aufnahme: Rechtsfolgen	13
a. Die Rechtsfolgen des Ausschlusses von der vorläufigen Aufnahme.....	13
b. Die Rechtsfolgen der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme	13
c. Die Rechtsfolgen des Erlöschens der vorläufigen Aufnahme.....	14
d. Die neue Statuslosigkeit und ihre Folgen	15
V. Vereinbarkeit der neuen Statuslosigkeit mit völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen?	16
a. Flüchtlingskonvention	17
b. Menschenwürde	17
c. Perspektivenlosigkeit als Menschenrechtsverletzung?	18
d. Anstelle eines Fazits: Plädoyer für die Schaffung einer anwesenheitsrechtlichen Auffangregelung für statuslose Personen	19
VI. Folgerungen	20
Bibliographie	22
Materialien	24
Abkürzungsverzeichnis.....	25

I. Ausgangslage und Auftrag

Ist der Vollzug einer Aus- oder Wegweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar, sind die betroffenen Ausländerinnen und Ausländer nach Art. 83 Abs. 1 AIG durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) vorläufig aufzunehmen. Bei der vorläufigen Aufnahme handelt es sich somit um eine Ersatzmassnahme für einen nicht durchführbaren Vollzug der Aus- oder Wegweisung: Sie stellt einen Rechtsstatus, aber keinen selbständigen Aufenthaltstitel dar. Die Ausreisepflicht besteht weiterhin, kann jedoch wegen Vollzugshindernissen nicht zwangsweise durchgesetzt werden. Die Anwesenheit der betroffenen Personen in der Schweiz wird daher geduldet, bis die bestehenden Vollzugshindernisse nicht mehr gegeben sind bzw. bis die Betroffenen ein Anwesenheitsrecht erhalten.

Die vorläufige Aufnahme ist politisch umstritten: Das Spektrum der politischen Vorstösse und Forderungen reicht von der Überführung der vorläufigen Aufnahme in ein reguläres Aufenthaltsrecht bis zur einschränkenden und restriktiven Ausgestaltung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen.¹ Politisch durchzusetzen vermochten sich in jüngerer Zeit indes die Stimmen, die nach Verschärfung und Restriktion rufen. Die vom Bundesrat im August 2019 in die Vernehmlassung gegebene Teilrevision des AIG betreffend Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme² bestätigt diesen gesetzgeberischen Trend: Während der Bundesrat sich in seinem Bericht «Vorläufige Aufnahme und Schutzbedürftigkeit: Analyse und Handlungsoptionen» 2016 noch für die Ablösung der vorläufigen Aufnahme durch einen neuen Schutzstatus aussprach, votierten die beiden Räte für lediglich punktuelle und restriktive Anpassungen am Status der vorläufigen Aufnahme³.

Vor diesem Hintergrund wurde uns folgenden Gutachtensauftrag erteilt:

1. Welche Gründe führen zur Beendigung (Aufhebung und Erlöschen) der vorläufigen Aufnahme?
2. Welche Behörde kann die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme beantragen und verfügen? In welchem Verfahren und mit welchem Rechtsschutz erfolgt die Aufhebung oder das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme?
3. Welche Konstellationen ergeben sich bzw. können sich ergeben bei einer Beendigung der vorläufigen Aufnahme? Mit welchen rechtlichen Konsequenzen?

¹ Bericht des Bundesrates «Vorläufige Aufnahme und Schutzbedürftigkeit: Analyse und Handlungsoptionen» vom 14. Oktober 2016, erhältlich unter <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/aktuell/news/2016/2016-10-14/ber-va-d.pdf> (letztmals besucht am 15. Juni 2020) sowie SILLI, 3 ff.

² Vernehmlassungsunterlagen (Vorlage, Bericht etc.) zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme, 2019, erhältlich unter <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2019.html> (letztmals besucht am 15. Juni 2020).

³ Von beiden Räten angenommene Motion 18.3002 «Punktuelle Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme» der Staatspolitischen Kommission des Ständerates.

4. Welche verfassungs- und völker- bzw. menschenrechtliche Probleme ergeben sich aus der Beendigung der vorläufigen Aufnahme?

Für die Erarbeitung des vorliegenden Gutachtens werden die einschlägigen geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie die Revisionsvorlage berücksichtigt. Die Fragen werden im Anschluss an allgemeine Ausführungen zur vorläufigen Aufnahme in der vorgelegten Reihenfolge behandelt.

Die Ergebnisse dieses Gutachtens stehen der Auftraggeberin zur Verfügung.

II. Die vorläufige Aufnahme

Bei der vorläufigen Aufnahme handelt es sich um eine Ersatzmassnahme für einen nicht durchführbaren Vollzug der Aus- oder Wegweisung. Sie stellt keinen ausländerrechtlichen Aufenthaltstitel dar, sondern vielmehr lediglich einen – negativ konstruierten⁴ – Rechtsstatus für eine Pattsituation: Eigentlich müssten die betroffenen Ausländerinnen und Ausländer ausreisen, da sie rechtskräftig weggewiesen sind, tun es jedoch nicht und die zuständigen Behörden können die Ausreise wegen Vollzugshindernissen nicht erzwingen. Die vorläufige Aufnahme stellt ein gesetzliches Anwesenheitsrecht dar und verhindert daher die Strafbarkeit der Betroffenen wegen illegalen Aufenthaltes in der Schweiz (Art. 115 Abs. 1 lit. b AIG). Damit der Rechtsstatus der vorläufigen Aufnahme nachgewiesen werden kann, erhalten vorläufig Aufgenommene den sogenannten «Ausweis F».⁵

a. Die vorläufige Aufnahme: Entstehung und Entwicklung

Die vorläufige Aufnahme wurde 1986 im Zuge der Revision des Asylgesetzes von 1979 geschaffen und im ANAG geregelt.⁶ Sie löste die bis dahin in Fällen einer nicht möglichen oder nicht zumutbaren Ausschaffung angeordnete Internierung in Form der freien Unterbringung⁷ ab. 1990 wurden die Gründe für eine vorläufige Aufnahme – Unmöglichkeit und Unzumutbarkeit

⁴ SILLE, 6.

⁵ Art. 41 Abs. 2 AIG.

⁶ Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Asylgesetzes, des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer und des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes vom 2. März 1985, BBl 1986 I 1 ff.; hierzu und zum folgenden SILLE, 5 f. sowie Bericht des Bundesrates, Vorläufige Aufnahme und Schutzbedürftigkeit: Analyse und Handlungsoptionen, 15 ff.

⁷ Diese war in der Verordnung vom 14. August 1968 über die Internierung von Ausländern geregelt. Beibehalten wurde zunächst noch die Internierung im Sinne einer Einweisung in eine geeignete Anstalt für Personen, die die öffentliche Ordnung oder die Staatssicherheit gefährdeten. Diese Form der Internierung wurde 1995 abgeschafft und durch die Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft ersetzt. Siehe zur Internierung den Bericht des Bundesrates, Vorläufige Aufnahme und Schutzbedürftigkeit: Analyse und Handlungsoptionen, 15 f.

der Ausschaffung – um die Situationen der Unzulässigkeit der Ausschaffung ergänzt.⁸ 2005 wurden die Rechte vorläufig aufgenommener Personen ausgebaut – insbesondere in Bezug auf den Familiennachzug und die Erwerbsmöglichkeiten – bevor 2012 u.a. mit dem erst im Rahmen der parlamentarischen Beratungen eingefügten Erlöschenstatbestand des nicht bewilligten Auslandsaufenthaltes von mehr als zwei Monaten die Regelungen wieder verschärft wurden. Mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wurden auf den 1. Oktober 2016 die Erlöschenstatbestände weiter ausgebaut.⁹ Im Zuge einer weiteren Teilrevision des AIG betreffend Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme sollen nunmehr die Ausschlussgründe sowie die Erlöschenstatbestände nochmals erweitert werden.

b. Die Regelung der vorläufigen Aufnahme nach geltendem Recht

Ausländerinnen und Ausländer, die aus der Schweiz weg- oder ausgewiesen wurden, sind zur Ausreise verpflichtet. Kommen die Betroffenen ihrer Ausreisepflicht binnen der Ausreisefrist nicht selbständig nach, schreiten die zuständigen kantonalen Behörden grundsätzlich zur Ausschaffung nach Art. 69 AIG, d.h. zum Vollzug der Weg- oder Ausweisung und somit zur zwangsweisen Beendigung der Anwesenheit in der Schweiz.

Ist die Ausschaffung **vorübergehend**, d.h. auf absehbare Zeit hin, **nicht durchführbar** – etwa bei vorübergehenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder fehlenden Transportmöglichkeiten –, wird der Vollzug der Weg- oder Ausweisung um einen angemessenen Zeitraum **aufgeschoben**.¹⁰

Ist der Vollzug der Weg- oder Ausweisung hingegen auf nicht absehbare Zeit hin **nicht möglich**, **nicht zulässig** oder **nicht zumutbar**, verfügt das SEM gestützt auf Art. 83 AIG die **vorläufige Aufnahme** der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer:

¹ Ist der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar, so verfügt das SEM die vorläufige Aufnahme.

² Der Vollzug ist nicht möglich, wenn die Ausländerin oder der Ausländer weder in den Heimat- oder in den Herkunftsstaat noch in einen Drittstaat ausreisen oder dorthin gebracht werden kann.

³ Der Vollzug ist nicht zulässig, wenn völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz einer Weiterreise der Ausländerin oder des Ausländers in den Heimat-, Herkunfts- oder einen Drittstaat entgegenstehen.

⁸ Botschaft zum Bundesbeschluss über das Asylverfahren (AVB) und zu einem Bundesgesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge vom 25. April 1990, BBl 1990 II 573, 665 ff.;

⁹ Neue Fassung von Art. 83 Abs. 7 lit. a AIG sowie Einfügung von Art. 83 Abs. 9 AIG.

¹⁰ Art. 69 Abs. 3 AIG. Ein Aufschub der Ausschaffung kann mit der Anordnung von Zwangsmassnahmen verbunden werden, sofern sich dies im Einzelfall als verhältnismässig erweist. Befindet sich die betroffene Person bis zum neuen Ausreisetermin nicht in Gewahrsam der Vollzugsbehörden, wird ihr eine Bestätigung über den Aufschub der Ausschaffung ausgestellt. Siehe hierzu SEM, Weisungen Ausländerbereich, Ziff. 9.1, 223.

⁴ Der Vollzug kann für Ausländerinnen oder Ausländer unzumutbar sein, wenn sie in Situationen wie Krieg, Bürgerkrieg, allgemeiner Gewalt oder medizinischer Notlage im Heimat- oder Herkunftsstaat konkret gefährdet sind.

Während die Unmöglichkeit des Vollzuges der Weg- oder Ausweisung auf technischen oder rechtlichen Gründen beruht, gründet die Unzumutbarkeit und die Unzulässigkeit des Vollzuges der Weg- oder Ausweisung in einer konkreten Gefährdung der Betroffenen im Falle der Rückkehr bzw. in völkerrechtlich verankerten Rückschiebungsverböten. Der vorläufigen Aufnahme wegen Unzumutbarkeit oder Unzulässigkeit kommt somit eine **Schutzfunktion** für die betroffene Person zu:

«Vorläufig Aufgenommene erhalten zwar kein Asyl, aber ihr Schutzbedürfnis wird anerkannt: Es geht um drohende schwere Menschenrechtsverletzungen, um Krieg und Bürgerkrieg, aber auch um andere konkrete Gefährdungen, die eine Wegweisung unzumutbar machen können, insbesondere schwerwiegende gesundheitliche Probleme.»¹¹

Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht, dass die Schutzfunktion bei der vorläufigen Aufnahme im Vordergrund steht: In den Jahren 2010 bis 2019 erfolgten nur 0.2 Prozent der vorläufigen Aufnahmen wegen Unmöglichkeit des Weg- und Ausweisungsvollzuges, 22.6 Prozent wegen Unzulässigkeit und rund 77 Prozent wegen Unzumutbarkeit.¹²

Die Prüfung, ob in einem konkreten Fall eine vorläufige Aufnahme zu verfügen sei, erfolgt durch das SEM, je nach Konstellation entweder auf Antrag der zuständigen kantonalen Behörden¹³ oder im Rahmen des Asylverfahrens¹⁴. Da die vorläufige Aufnahme lediglich eine Ersatzmassnahme für einen nicht möglichen, nicht zulässigen oder nicht zumutbaren Vollzug der Weg- oder Ausweisung darstellt, können die betroffenen Personen selber keinen Antrag auf vorläufige Aufnahme stellen.¹⁵

Mit der vorläufigen Aufnahme sind verschiedene rechtliche Konsequenzen verbunden:

- (1) Verfügt das SEM die vorläufige Aufnahme, bleibt zwar die Ausreisepflicht der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer bestehen, doch kann diese wegen des Vorliegens von Vollzugshindernissen nicht zwangsweise durchgesetzt werden. Daher dürfen gegen vorläufig aufgenommene Personen keine Zwangsmassnahmen zur Sicherstellung

¹¹ GATTIKER, 28.

¹² ZEMIS-Statistikdaten; siehe ebenso GATTIKER, 29.

¹³ Art. 83 Abs. 6 AIG. Sofern ein Vollzugshindernis offensichtlich vorliegt und nicht in absehbarer Zeit entfällt, sind die kantonalen Migrationsbehörden trotz der Kann-Formulierung zur Antragstellung an das SEM verpflichtet, vgl. ILLES, Art. 83 N 48; OFK/Migrationsrecht-BOLZLI, Art. 83 N 36. Demgegenüber können die kantonalen Migrationsbehörden bei abgelehnten Asylentscheiden gestützt auf Art. 46 Abs. 2 AsylG lediglich bei der Unmöglichkeit des Vollzuges des Wegweisungsentscheides beim SEM die vorläufige Aufnahme der betroffenen Personen beantragen, ILLES, Art. 83 N 50.

¹⁴ ILLES, Art. 83 N 50.

¹⁵ ILLES, Art. 83 N 6; die betroffenen Personen können lediglich die Feststellung eines Vollzugshindernisses beantragen.

des Vollzuges der Weg- oder Ausweisung ergriffen werden, da entsprechende Massnahmen ihr Ziel von vornherein nicht erreichen können und daher unverhältnismässig wären.¹⁶

- (2) Mit der Verfügung der vorläufigen Aufnahme wird die Anwesenheit der betroffenen Personen in der Schweiz vorläufig geduldet. Dies solange die Vollzugshindernisse bestehen, die vorläufige Aufnahme nicht beendet wird oder die Betroffenen eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Die vorläufige Aufnahme stellt ein gesetzliches Anwesenheitsrecht dar und verhindert die Strafbarkeit der Betroffenen wegen illegalen Aufenthaltes in der Schweiz (Art. 115 Abs. 1 lit. b AIG).

Trotz Unzulässigkeit, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit des Vollzuges der Weg- oder Ausweisung wird die vorläufige Aufnahme indes bei Vorliegen bestimmter **Ausschlussgründe** nicht verfügt:

- Die vorläufige Aufnahme wegen Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit – nicht jedoch wegen Unzulässigkeit¹⁷ – des Weg- oder Ausweisungsvollzuges wird nach Art. 83 Abs. 7 AIG nicht verfügt, wenn die Betroffenen
 - (1) zu einer **längerfristigen Freiheitsstrafe** im In- oder Ausland verurteilt worden sind oder wenn gegen sie eine strafrechtliche Massnahme im Sinne der Art. 59 ff. oder 64 StGB angeordnet wurde (Art. 83 Abs. 7 lit. a AIG; analoge Regelung zum Bewilligungswiderruf nach Art. 62 Abs. 1 lit. b bzw. 63 Abs. 1 lit. a AIG);
 - (2) sie erheblich oder wiederholt **gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung** in der Schweiz oder im Ausland verstossen haben oder diese gefährden oder die **innere oder äussere Sicherheit** gefährden (Art. 83 Abs. 7 lit. b AIG; analoge Regelung zum Widerruf von Kurzaufenthalts- und Aufenthaltsbewilligungen nach Art. 62 Abs. 1 lit. c AIG); oder
 - (3) die Unmöglichkeit des Vollzuges der Weg- oder Ausweisung **durch ihr eigenes Verhalten** verursacht haben (Art. 83 Abs. 7 lit. c AIG).

Das Vorliegen eines Ausschlussgrundes von Art. 83 Abs. 7 AIG führt indes nicht automatisch zum Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme. Vielmehr ist auch in diesen Fällen eine Verhältnismässigkeitsprüfung im Einzelfall notwendig.¹⁸

- Die vorläufige Aufnahme wird nach Art. 83 Abs. 9 AIG ebenfalls nicht verfügt bei einer **rechtskräftigen Landesverweisung** nach Art. 66a oder 66a^{bis} StGB (bzw. die entsprechenden Bestimmungen des MStG). Dies gilt nicht nur bei Unmöglichkeit oder Unzu-

¹⁶ BGer, 2C_431/2017, 5. März 2017, E. 2.3.

¹⁷ Art. 83 Abs. 7 AIG *e contrario*.

¹⁸ OFK/Migrationsrecht-BOLZLI, AIG 83 N 40; Siehe auch die ausführliche Verhältnismässigkeitsprüfung in BVGer, E-969/2007, Urteil vom 15. April 2011, E. 6.4.

mutbarkeit des Weg- oder Ausweisungsvollzuges, sondern auch bei dessen Unzulässigkeit. Diese Regelung, die im Zuge der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ins AIG aufgenommen wurde, hat insbesondere für schutzsuchende Personen, die zwar die Flüchtlingseigenschaft erfüllen und somit aufgrund des flüchtlingsrechtlichen Refoulementverbotes nicht weggewiesen werden können, denen jedoch wegen Vorliegen eines Asylausschlussgrundes kein Asyl gewährt worden ist, weitreichende Folgen. Sie können weder vorläufig aufgenommen noch weggewiesen werden und werden statuslos, obwohl sie sich als anerkannte Flüchtlinge auf die Statusrechte der Flüchtlingskonvention berufen können.

Beide Konstellationen des Ausschlusses von der vorläufigen Aufnahme können zu Statuslosigkeit führen, wenn sich der Vollzug der Weg- oder Ausweisung letztlich als nicht möglich, nicht zumutbar oder – z.B. im Fall eines Landesverweises gegen vorläufig aufgenommene Flüchtlinge – als nicht zulässig erweist.

c. Die Schaffung weiterer Ausschlussgründe durch die Revisionsvorlage

Um dem Verbot von unerlaubten Reisen in den Heimat- und Herkunftsstaat Nachdruck zu verleihen, schlägt der Bundesrat die Schaffung neuer Ausschlussgründe vor:

- Nach Art. 83 Abs. 9^{bis} E-AIG soll im Falle des Erlöschens der vorläufigen Aufnahme aufgrund einer unerlaubten Reise in den Heimat- oder Herkunftsstaat nach Art. 84 Abs. 4 lit. c E-AIG während dreier Jahre keine neue vorläufige Aufnahme möglich sein:

«Ist eine vorläufige Aufnahme aufgrund einer unerlaubten Reise in den Heimat- oder Herkunftsstaat nach Artikel 84 Absatz 4 Buchstabe c erloschen, so kann während drei Jahren keine neue vorläufige Aufnahme verfügt werden.»

Art. 83 Abs. 9^{bis} E-AIG würde somit zur Statuslosigkeit führen. Der Bundesrat ist sich dessen denn auch bewusst: In seinem erläuternden Bericht zur Vernehmlassungsvorlage führt er aus, «falls weiterhin Vollzugshindernisse bestehen, werden sich die betroffenen Personen somit bis zum Ablauf dieser dreijährigen Frist ohne ausländerrechtlichen Status in der Schweiz aufhalten»¹⁹.

- Nach Art. 83 Abs. 9^{ter} E-AIG soll während drei Jahren seit der Wiedereinreise in die Schweiz gegenüber asylsuchenden oder schutzbedürftigen Personen keine vorläufige Aufnahme verfügt werden können, wenn die Betroffenen unerlaubt in den Heimat- oder Herkunftsstaat gereist sind:

«Reisen asylsuchende oder schutzbedürftige Personen unerlaubt in den Heimat- oder Herkunftsstaat, so kann ab der Wiedereinreise in die Schweiz während drei Jahren keine vorläufige Aufnahme verfügt werden.»

¹⁹ Erläuternder Bericht des Bundesrates zur Vernehmlassung Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) - Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme erhältlich unter https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/3075/AIG-Reisen-ins-Ausland_Erl.-Bericht_de%20.pdf (letztmals besucht am 15. Juni 2020), S. 13.

Dies führt, wie der Bundesrat in seinem erläuternden Bericht zugibt, zur Statuslosigkeit²⁰ und gelte «auch für Flüchtlinge, denen wegen Ausschlussgründen kein Asyl gewährt wurde»²¹.

Diese Regelungen verdeutlichen den Sanktionscharakter der vorgeschlagenen Neuerungen im Bereich der vorläufigen Aufnahme.

III. Die Beendigung der vorläufigen Aufnahme

Das AIG kennt zwei Arten der Beendigung der vorläufigen Aufnahme: Die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme durch Verfügung des SEM sowie das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme von Gesetzes wegen.

a. Die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme

Eine Aufhebung der vorläufigen Aufnahme **durch behördliche Verfügung** (konkret: durch das SEM) ist in zwei Situationen gesetzlich vorgesehen:

- Einerseits, wenn die **Voraussetzungen für die vorläufige Aufnahme nicht mehr gegeben** sind (Art. 84 Abs. 2 AIG). Art. 84 Abs. 1 AIG hält das SEM dazu an, periodisch zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die vorläufige Aufnahme noch vorliegen. Die Überprüfung kann indes auch auf Veranlassung der Kantone erfolgen²². Sind die Voraussetzungen für die vorläufige Aufnahme nicht mehr gegeben, d.h. haben sich die konkreten Umstände grundlegend sowie dauerhaft verändert und erweist sich der Vollzug der rechtskräftig angeordneten Weg- oder Ausweisung als zulässig, möglich und zumutbar, hebt das SEM nach der Gewährung des rechtlichen Gehörs die vorläufige Aufnahme auf und ordnet den Vollzug der Weg- oder Ausweisung an.²³
- Andererseits bei **Vorliegen von Ausschlussgründen** im Sinne von Art. 83 Abs. 7 AIG (Art. 84 Abs. 3 AIG). Das SEM kann **auf Antrag der kantonalen Behörden, des Bundesamtes für Polizei (fedpol) oder des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)** die vorläufige Aufnahme aufheben, wenn einer der in Art. 83 Abs. 7 AIG aufgeführten Gründe für den Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme vorliegt und eine Interessenabwä-

²⁰ «So soll bei asylsuchenden Personen, welche während eines hängigen Asylverfahrens unerlaubt in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat gereist sind, ab der Wiedereinreise in die Schweiz während drei Jahren keine vorläufige Aufnahme verfügt werden können. Somit werden sich diese Personen bei einer rechtskräftigen Ablehnung des Asylgesuches oder nach einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid ohne ausländerrechtlichen Status in der Schweiz aufhalten, wenn die Wegweisung nicht vollzogen werden kann.», Erläuternder Bericht, S. 13.

²¹ Erläuternder Bericht, S. 13.

²² Art. 26 Abs. 1 VVWAL.

²³ ILLES, Art. 84 N 7.

gung ergibt, dass die öffentlichen Interessen an einer Aufhebung die privaten Interessen überwiegen.²⁴ Dabei kann lediglich die wegen Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit des Weg- oder Ausweisungsvollzuges verfügte vorläufige Aufnahme aufgehoben werden. Eine wegen der Unzulässigkeit des Vollzuges verfügte vorläufige Aufnahme ist auch bei Vorliegen von Ausschlussgründen nicht möglich.²⁵

In beiden Konstellationen erfolgt die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme durch das SEM mittels beschwerdefähiger Verfügung. Die Aufhebung wird erst mit der Rechtskraft der Aufhebungsverfügung wirksam, d.h. die betroffenen Personen bleiben bis zur Rechtskraft des Entscheides vorläufig aufgenommen. Hebt das SEM die vorläufige Aufnahme auf, setzt es eine angemessene Ausreisefrist an, sofern nicht der sofortige Vollzug der Weg- oder Ausweisung angeordnet wird.²⁶

Die Aufhebungsverfügung des SEM kann mit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht angefochten werden,²⁷ ein Weiterzug an das Bundesgericht ist ausgeschlossen²⁸.

b. Das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme nach geltendem Recht

Die vorläufige Aufnahme erlischt automatisch **von Gesetzes wegen** bei Vorliegen eines Erlöschensgrundes. Die ursprünglichen Erlöschensgründe von Art. 84 Abs. 4 AIG – die definitive Ausreise aus der Schweiz sowie die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz – sind im Laufe der Zeit um weitere Erlöschensgründe erweitert worden. Diese sukzessive Erweiterung der Erlöschensgründe verdeckt den Blick auf den ursprünglichen Sinn und Zweck der Regelung des Erlöschens der vorläufigen Aufnahme.

Das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme muss vor dem Hintergrund der Schutzfunktion der vorläufigen Aufnahme²⁹ gesehen werden. Der Rechtsstatus der vorläufigen Aufnahme sollte nur dann erlöschen, wenn die betroffene Person durch ihre Handlungen zum Ausdruck bringt, dass sie kein Schutzbedürfnis mehr hat oder den Schutz der Schweiz nicht mehr beanspruchen möchte.³⁰ In diesem Sinne führt das Bundesverwaltungsgericht in ständiger Praxis zum Erlöschensgrund der definitiven Ausreise aus der Schweiz aus, es sei Sinn und Zweck dieser Norm, dass die vorläufige Aufnahme nur dann erlösche, wenn vorläufig aufgenommene Personen

²⁴ Siehe zur Notwendigkeit der Interessenabwägung in Anschluss an die Feststellung eines Aufhebungsgrundes BVGE 2007/32, E. 3.7. ILLES, Art. 84 N 13.

²⁵ Art. 84 Abs. 3 AIG.

²⁶ Art. 26 Abs. 3 VVWAL.

²⁷ Art. 33 lit. d. VGG.

²⁸ Art. 83 lit. c Ziff. 3 BGG.

²⁹ Vorne II./b.

³⁰ OFK/Migrationsrecht-BOLZLI, Art. 84 N 8; ILLES, Art. 84 N 20.

mit der freiwilligen, definitiven Ausreise zu verstehen geben würden, dass sie den Schutz der Schweiz nicht mehr benötigen bzw. ihn nicht mehr beanspruchten:

«Mit der Vorinstanz ist davon auszugehen, dass es sich beim Erlöschen der vorläufigen Aufnahme um eine vom Gesetz vorgeschriebene Rechtsfolge handelt (...). Die Rechtsfolge kann jedoch nur eintreten, wenn eine „definitive Ausreise“ im Sinne von Art. 84 Abs. 4 AIG vorliegt, was zuerst zu klären ist. Nach Sinn und Zweck der Norm müssen vorläufig Aufgenommene (und damit Schutzbedürftige) mit der freiwilligen, definitiven Ausreise ins Ausland zu verstehen geben, dass sie den Schutz der Schweiz nicht mehr benötigen beziehungsweise ihn nicht mehr beanspruchen.»³¹

Entscheidender Aspekt ist somit das Entfallen des Schutzbedürfnisses und damit auch der Unzulässigkeit oder Unzumutbarkeit des Vollzugs der Weg- oder Ausweisung. Vor diesem Hintergrund sind die gesetzlich verankerten Erlöschenstatbestände zu betrachten:

- Definitive **Ausreise aus der Schweiz** (Art. 84 Abs. 4 AIG): Als definitive Ausreise im Sinne dieser Bestimmung gilt nach Art. 26a VVWAL³² insbesondere die Einreichung eines Asylgesuches bzw. der Erhalt einer Aufenthaltsregelung in einem anderen Staat, die kurzzeitige Rückkehr in den Heimat- oder Herkunftsstaat ohne Rückreisevisum, die verspätete Rückkehr aus dem Ausland nach Ablauf der Gültigkeit des Rückreisevisums sowie die Abmeldung und Ausreise. In ständiger Praxis hält das Bundesverwaltungsgericht fest, dass in diesen Konstellationen jeweils im Einzelfall geprüft werden müsse, ob das Schutzbedürfnis entfallen sei. Während eine Asylgesuchseinreichung im Ausland per se einen Erlöschenstatbestand darstelle³³, bedeute «selbst eine (freiwillige) kurzzeitige Rückkehr ins Heimatland ohne Rückreisevisum (...) – wenngleich eine Verletzung der Reisevorschriften – nicht ausnahmslos den Wegfall des Schutzbedürfnisses»³⁴. Vielmehr müsse in diesen Fällen «unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalles beurteilt» werden, ob eine kurzzeitige Rückkehr ins Heimatland

³¹ Siehe statt vieler BVGer, D-6253/2017, Urteil vom 3. Mai 2019, E. 8.2.; BVGer, D-4940/2019, Urteil vom 25. März 2020, E. 6.1.

³² «Als definitive Ausreise nach Artikel 84 Absatz 4 AIG gilt eine Ausreise insbesondere, wenn die vorläufig aufgenommene Person:

- a. in einem anderen Staat ein Asylgesuch einreicht;
- b. in einem anderen Staat eine Aufenthaltsregelung erhält;
- c. [aufgehoben]
- d. ohne ein Rückreisevisum nach Artikel 7 der Verordnung vom 14. November 201 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV) oder ohne einen Pass für eine ausländische Person nach Artikel 4 Absatz 4 RDV in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat zurückgekehrt ist;
- e. über die Gültigkeitsdauer eines Rückreisevisums nach Artikel 7 RDV oder eines Passes für eine ausländische Person nach Artikel 4 Absatz 4 RDV im Ausland verbleibt;
- f. sich abmeldet und ausreist.»

³³ BVGer, D-239/2017, Urteil vom 3. Februar 2017, E. 6.1; BVGer, D-6450/2015, Urteil vom 8. Juni 2016, E. 4.1.

³⁴ BVGer, E-1458/2015, Urteil vom 1. Oktober 2015, E. 5.2; BVGer, D-6175/2015, Urteil vom 14. Januar 2016, E. 4.6; BVGer, E-4197/2015, Urteil vom 3. Februar 2017, E. 5.2.

als Wegfall des Schutzbedürfnisses zu qualifizieren sei.³⁵ Gleiches gilt auch für die verspätete Rückkehr aus dem Ausland.³⁶

- **Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz** (Art. 84 Abs. 4 AIG): Mit der Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz erlischt die vorläufige Aufnahme, da das durch den Rechtsstatus der vorläufigen Aufnahme befriedigte Schutzbedürfnis nicht mehr fortbesteht.
- **Nicht bewilligter Auslandsaufenthalt von mehr als zwei Monaten** (Art. 84 Abs. 4 AIG): Ein erstes Aufweichen des Grundsatzes, dass das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme an das Entfallen des Schutzbedürfnisses gekoppelt ist, erfolgte mit dem erst in den parlamentarischen Beratungen eingeführten und auf den 1. Februar 2014 in Kraft getretenen Erlöschensgrund des nicht bewilligten Auslandsaufenthaltes von mehr als zwei Monaten. Für eine einzelfallbezogene Prüfung, ob der nicht bewilligte Auslandsaufenthalt von mehr als zwei Monaten einen freiwilligen Verzicht auf den durch die Schweiz gewährten Schutz darstellt, bleibt hier kein Raum mehr.³⁷ Folgerichtig führt daher auch das Bundesverwaltungsgericht in ständiger Praxis aus, dass ein nicht bewilligter Auslandsaufenthalt von mehr als zwei Monaten per se einen Erlöschenstatbestand darstelle.³⁸
- **Rechtskräftige Landesverweisung** nach Art. 66a oder 66a^{bis} StGB bzw. den entsprechenden Bestimmungen des MStG (Art. 83 Abs. 9 AIG): Mit dem im Rahmen der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative auf den 1. Oktober 2016 ins Gesetz aufgenommenen Erlöschensgrund der rechtskräftigen Landesverweisung findet das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme als Sanktionsmassnahme Eingang in die gesetzlichen Regelungen. Während bislang der direkte oder implizite Verzicht auf den Schutz für das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme massgebend war, erlischt die vorläufige Aufnahme nunmehr auch bei **Schutzunwürdigkeit** aufgrund der Begehung bestimmter strafrechtlicher Delikte.

Diese in Art. 84 Abs. 4 sowie 83 Abs. 9 AIG enthaltenen Erlöschensgründe gelten dabei gleichermassen für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge.³⁹

Bei Vorliegen eines Erlöschensgrundes erlischt die vorläufige Aufnahme automatisch und ohne behördliches Zutun. Daher ist es beim Wegfall der vorläufigen Aufnahme von Gesetzes wegen ausgeschlossen, Härtefälle zu berücksichtigen oder eine Verhältnismässigkeitsprüfung

³⁵ BVGer, D-6253/2017, Urteil vom 3. Mai 2019, E. 8.2.

³⁶ OFK/Migrationsrecht-BOLZLI, Art. 84 N 8.

³⁷ OFK/Migrationsrecht-BOLZLI, Art. 84 N 8.

³⁸ BVGer, D-239/2017, Urteil vom 3. Februar 2017, E. 6.1; BVGer, D-6450/2015, Urteil vom 8. Juni 2016, E. 4.1; BVGer, E-1968/2018, Urteil vom 24. April 2018, E. 6.1.

³⁹ Für die Erlöschensgründe von Art. 84 Abs. 4 AIG explizit BVGE 2017 VI/2.

im Einzelfall vorzunehmen.⁴⁰ Vielmehr stellt das SEM in einer beschwerdefähigen Verfügung⁴¹ fest, dass die vorläufige Aufnahme erloschen ist. Die Feststellungsverfügung des SEM kann mit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht angefochten werden,⁴² ein Weiterzug an das Bundesgericht ist ausgeschlossen.⁴³

c. Das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme nach der Revisionsvorlage

Im Rahmen der Teilrevision zur Umsetzung der von National- und Ständerat überwiesenen Motion 15.3953 «Keine Reise ins Heimatland für vorläufig Aufgenommene» von Nationalrat Gerhard Pfister schlägt der Bundesrat vor, die zum Erlöschen der vorläufigen Aufnahme führenden Gründe neu zu regeln. Art. 84 Abs. 4 E-AIG soll neu wie folgt lauten:

- «Die vorläufige Aufnahme erlischt, wenn die vorläufig aufgenommene Person
- a. in einem anderen Staat ein Asylgesuch einreicht;
 - b. in der Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung erhält oder in einem anderen Staat aufenthaltsberechtigt wird;
 - c. unerlaubt in den Heimat- oder Herkunftsstaat reist, es sei denn, die Person macht glaubhaft, dass die Reise aufgrund eines Zwangs erfolgte;
 - d. sich länger als zwei Monate unerlaubt in einem anderen Staat als dem Heimat- oder Herkunftsstaat aufhält; oder
 - e. sich abmeldet und ausreist.»

In seinem erläuternden Bericht zum Vernehmlassungsentwurf führt der Bundesrat aus, der neue Wortlaut von Art. 84 Abs. 4 E-AIG entspreche letztlich weitgehend den bereits geltenden Regelungen, aus Gründen der Rechtssicherheit sollten diese indes nunmehr explizit auf Gesetzesstufe verankert werden.⁴⁴

Die bundesrätliche Vorlage unterscheidet sich indes in verschiedenen Punkten von den bisherigen Regelungen bzw. vom Geist der bisherigen Regelungen:

- **Differenzierung betreffend persönlichen Geltungsbereich der Erlöschensgründe:** Bislang galten die Regelungen über das Erlöschen der vorläufigen Aufnahmen gleichermaßen für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer. Neu soll zwischen den verschiedenen Kategorien vorläufig aufgenommener Personen differenziert werden: die beiden Erlöschensgründe der unerlaubten Reise in den Heimat- oder Herkunftsstaat und des unerlaubten Auslandsaufenthaltes sollen nach Art. 84 Abs. 4^{bis} E-AIG nicht für vorläufig aufgenommene

⁴⁰ BVGE 2017 VI/2, E. 6.2.

⁴¹ BVGer, E-695/2020, Urteil vom 27. März 2020, E. 1.2 sowie 2.4.

⁴² Art. 33 lit. d. VGG.

⁴³ Art. 83 lit. c Ziff. 3 BGG.

⁴⁴ Wiederholte Ausführungen auf S. 13 f.

Flüchtlinge gelten. Aus der Optik vorläufig aufgenommener Flüchtlinge ist diese Differenzierung zu begrüssen und sachgerecht, denn einerseits gelten für Flüchtlinge spezielle Regelungen für Reisen in den Heimat- oder Herkunftsstaat bzw. Drittstaaten (Art. 59c AIG) und andererseits haben Flüchtlinge einen Rechtsanspruch auf Ausstellung eines Reisedokumentes (Art. 59 Abs. 2 lit. a AIG).

- **Neudefinition des Erlöschensgrundes der definitiven Ausreise:** Die vom Bundesrat vorgeschlagene Neufassung von Art. 84 Abs. 4 E-AIG betrifft insbesondere den Erlöschensgrund der definitiven Ausreise. Der Bundesrat hat diesen Begriff in Art. 26a VWWAL präzisiert. Demnach gelten als definitive Ausreise insbesondere die Einreichung eines Asylgesuches in einem anderen Staat, die Erlangung einer Aufenthaltsregelung in einem anderen Staat, die kurzzeitige Rückkehr in den Heimat- oder Herkunftsstaat ohne Rückreisevisum, die verspätete Rückkehr aus dem Ausland nach Ablauf des Rückkehrvisums sowie die Abmeldung und die darauf folgende Ausreise.

Auf den ersten Blick scheint es – und wird vom Bundesrat in seinem erläuternden Bericht auch so dargestellt⁴⁵ – dass die vorgeschlagene Neufassung von Art. 84 Abs. 4 E-AIG lediglich die in Art. 26a VWWAL enthaltenen Situationen einer definitiven Ausreise in den Gesetzestext integrieren möchte. Diese Übernahme führt indes zu einer **grundlegenden Änderung des Charakters des Erlöschensgrundes der definitiven Ausreise**. Während bislang bei den verschiedenen Spielarten der definitiven Ausreise die Frage nach dem Verzicht auf das Schutzbedürfnis durch die entsprechende Handlung im Vordergrund stand und so auch vom Bundesverwaltungsgericht praktiziert wurde⁴⁶, wird der Regelung nunmehr Sanktionscharakter zugesprochen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Neufassung von Art. 84 Abs. 4 E-AIG eliminiert durch die Streichung des Erlöschensgrundes der «definitiven Ausreise» und die gesetzliche Verankerung der gegenwärtig in Art. 26a VWWAL enthaltenen Spielarten einer definitiven Ausreise faktisch den Erlöschenszweck des freiwilligen Verzichtes auf das Schutzbedürfnis. Durch das Streichen der «definitiven Ausreise» im Gesetzestext und deren Ersatz durch die in Art. 26a VWWAL genannten Punkte würde erreicht, dass das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme künftig nur noch durch das Entfallen des Schutzbedürfnisses (bei Erlangung eines Aufenthaltsrechtes) sowie als Sanktion motiviert würde. Während die Verletzung von Reisevorschriften gegenwärtig nicht automatisch zum Erlöschen der vorläufigen Aufnahme führt, wäre dies künftig sehr wohl der Fall.

⁴⁵ Erläuternder Bericht, S. 13.

⁴⁶ Siehe vorne III./b.

IV. Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme und Beendigung der vorläufigen Aufnahme: Rechtsfolgen

In den aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen des Ausschlusses von der vorläufigen Aufnahme sowie ihrer Beendigung zeigen sich deutlich die Schutzfunktion der vorläufigen Aufnahme sowie die insbesondere in vergangenen Jahren hinzugekommenen Sanktionsandrohungen. Auf letztere – die sich in der Rechtsfolge der Statuslosigkeit manifestiert – soll vorliegend der Fokus gelegt werden.

a. Die Rechtsfolgen des Ausschlusses von der vorläufigen Aufnahme

Wie bereits dargelegt⁴⁷, führt das Vorliegen von Ausschlussgründen dazu, dass das SEM die vorläufige Aufnahme nicht verfügen muss (bei den Ausschlussgründen von Art. 83 Abs. 7 AIG) bzw. nicht verfügen darf (beim Ausschlussgrund der rechtskräftigen Landesverweisung nach Art. 83 Abs. 9 AIG). Beide Konstellationen können zu Statuslosigkeit führen, wenn sich nämlich der Vollzug der Weg- oder Ausweisung letztlich als nicht möglich, nicht zumutbar oder – z.B. im Fall eines Landesverweises gegen vorläufig aufgenommene Flüchtlinge – als nicht zulässig erweist.

Der Bundesrat schlägt zudem vor, mit Art. 83 Abs. 9^{ter} E-AIG einen neuen Ausschlussgrund zu schaffen: So sollen asylsuchende und schutzbedürftige Personen, die unerlaubt in den Heimat- oder Herkunftsstaat gereist sind, während dreier Jahre seit der Wiedereinreise in die Schweiz nicht vorläufig aufgenommen werden.⁴⁸ Dies führt, so der Bundesrat in seinem erläuternden Bericht, zur Statuslosigkeit und gilt «auch für Flüchtlinge, denen wegen Ausschlussgründen kein Asyl gewährt wurde»⁴⁹.

b. Die Rechtsfolgen der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme

Bei der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme wegen Entfallens der Voraussetzungen (Art. 84 Abs. 2 AIG)⁵⁰ muss das SEM prüfen, ob «die Voraussetzungen der vorläufigen Aufnahme nicht mehr gegeben sind, das heisst, (...) [ob] der Vollzug der rechtskräftig angeordneten Wegweisung zulässig und es der ausländischen Person möglich und zumutbar ist, sich in ihren Heimat-, Herkunfts- oder einen Drittstaat zu begeben»⁵¹. Sofern dies der Fall ist, kann das SEM die vorläufige Aufnahme aufheben und den Vollzug der Weg- oder Ausweisung durch den zuständigen Kanton anordnen.

⁴⁷ Vorne II./b.

⁴⁸ Vorne II./c.

⁴⁹ Erläuternder Bericht, S. 13.

⁵⁰ Vorne III./a.

⁵¹ BVGer, E-3681/2019, Urteil vom 27. Mai 2020 E. 4.1.

Bei der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme wegen Ausschlussgründen (Art. 84 Abs. 3 i.V.m. Art. 83 Abs. 7 AIG)⁵² kann das SEM auf Antrag der kantonalen Behörden, von fedpol oder NDB die wegen Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit verfügte vorläufige Aufnahme aufheben und den Vollzug der Weg- oder Ausweisung durch den zuständigen Kanton anordnen, wenn eine Interessenabwägung ergibt, dass die öffentlichen Interessen an einer Aufhebung die privaten Interessen überwiegen.

In beiden Situationen hat das SEM daher zu prüfen, ob die Aufhebung im konkreten Einzelfall verhältnismässig und der Vollzug der Weg- oder Ausweisung zulässig, zumutbar und möglich ist. Im Falle einer Aufhebung der vorläufigen Aufnahme durch das SEM obliegt es dann den kantonalen Behörden, die Weg- oder Ausweisung zu vollziehen. Erweist sich diese in der Zwischenzeit als nicht mehr möglich, nicht mehr zumutbar oder nicht mehr zulässig, können die kantonalen Behörden beim SEM um erneute vorläufige Aufnahme ersuchen. Liegen indes Ausschlussgründe vor, so kann dies im Einzelfall zu Statuslosigkeit führen. Statuslosigkeit ist bei der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme nicht das gesetzgeberische Ziel, sondern vielmehr lediglich unbeabsichtigte Rechtsfolge in Einzelfällen. Vielmehr steht bei der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme immer noch deren Schutzfunktion im Vordergrund.

c. Die Rechtsfolgen des Erlöschens der vorläufigen Aufnahme

Das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme hat je nach Erlöschensgrund und Konstellation des Einzelfalles unterschiedliche aufenthaltsrechtliche Rechtsfolgen:

- **Erwerb eines neuen aufenthaltsrechtlichen Rechtsstatus** in den Fällen des Erlöschens der vorläufigen Aufnahme durch Erwerb eines Aufenthaltstitels in der Schweiz oder im Ausland sowie durch die Einreichung eines Asylgesuches in einem anderen Staat;
- **Erneute vorläufige Aufnahme** in Anwendung von Art. 83 Abs. 6 AIG, falls sich der Vollzug der Weg- oder Ausweisung im Anschluss an das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme als nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar erweist und kein Ausschlussgrund vorliegt;⁵³

⁵² Vorne III./a.

⁵³ Trotz der Formulierung von Art. 83 Abs. 6 AIG sind die kantonalen Behörden verpflichtet, beim SEM ein Gesuch um vorläufige Aufnahme zu stellen, wenn sich im konkreten Einzelfall erweist, dass Vollzugshindernisse bestehen und keine Ausschlussgründe vorliegen; OFK/Migrationsrecht-BOLZLI, AIG 83 N 36. «Die Beschwerdeführenden halten sich nach dem Erlöschen der vorläufigen Aufnahme ohne ein geregeltes Aufenthaltsrecht in der Schweiz auf. Das weitere Vorgehen bestimmt sich daher nach den Bestimmungen des AuG (...). Die zuständige kantonale Behörde prüft die Wegweisung umfassend und hat bei ihrem Entscheid allfälligen Wegweisungsvollzugshindernissen zwingend nachzugehen. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass auch im aus-länderrechtlichen Weg- und Ausweisungsverfahren das Vorliegen von Vollzugshindernissen eingehend geprüft wird. Wenn das Vorliegen von Wegweisungshindernissen (nicht nur die Unmöglichkeit betreffend) nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden kann, kann die kantonale Behörde beim SEM ein Gesuch auf vorläufige Aufnahme nach Art. 83 Abs. 6 AuG zu stellen (...). (...) Kommt die kantonale Behörde hingegen zum Schluss, dass keine Wegweisungsvollzugshindernisse vorliegen, ordnet sie sowohl die Wegweisung als auch deren Vollzug in verbindlicher Weise an. (...)», BVGer, E-1968/2018, Urteil vom 24. April 2018, E. 6.4

- **Statuslosigkeit**, falls sich der Vollzug der Weg- oder Ausweisung im Anschluss an das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme als nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar erweist und die erneute vorläufige Aufnahme wegen Vorliegens von Ausschlussgründen nach Art. 83 Abs. 7, Art. 83 Abs. 9 AIG oder Art. 83 Abs. 9^{bis} E-AIG ausgeschlossen ist.

d. Die neue Statuslosigkeit und ihre Folgen

Statuslosigkeit bedeutet Aufenthalt in der Schweiz ohne gesetzliches Anwesenheitsrecht. Sie ist eine Realität, die es in der Schweiz mit der Existenz von *Sans-Papiers* bereits seit langer Zeit gibt. Im Unterschied zu *Sans-Papiers* befinden sich jedoch Personen, die von der neuen Statuslosigkeit betroffen sind – zuweilen wird auch von staatlich verordneten oder neuen *Sans-Papiers* gesprochen⁵⁴ –, in einer besonderen Situation: Der Staat anerkennt zwar, dass sie schutzbedürftig sind, da ihre Weg- oder Ausweisung nicht zulässig, zumutbar oder möglich ist. Er ist aber nicht schutzwilling, da er als Reaktion auf unerwünschtes und/oder verbotenes Verhalten die vorläufige Aufnahme verwehrt bzw. beendet. Die Prekarität der Lebensumstände und Existenz der betroffenen Personen gründet daher nicht in einem mehr oder weniger bewussten persönlichen Entscheid der Betroffenen, sondern vielmehr in einer staatlichen Entscheidung: der Nichtgewährung der vorläufigen Aufnahme sowie der Beendigung der vorläufigen Aufnahme trotz (weiter)bestehenden Vollzugshindernissen. Während also die Lebensumstände von *Sans-Papiers* und neuen Statuslosen durchaus vergleichbar sind, unterscheiden sich die beiden Gruppen in Bezug auf die staatliche Verantwortlichkeit. Bei Statuslosen ist es der Staat, der wissentlich und willentlich diese Situation herbeiführt, während der Staat von der Anwesenheit der einzelnen *Sans-Papiers* offiziell gar keine Kenntnis hat.

In den folgenden Situationen ist der Staat – trotz Schutzbedürftigkeit der Betroffenen, denn der Vollzug der Weg- oder Ausweisung ist nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar – nicht schutzwilling. Mit der Konsequenz, dass die Betroffenen wegen des Ausschlusses von der vorläufigen Aufnahme oder ihrer Beendigung statuslos werden:

- Bei Nichtgewährung der erstmaligen vorläufigen Aufnahme wegen Vorliegen von Ausschlussgründen nach Art. 83 Abs. 7 AIG;
- Bei Nichtgewährung der erstmaligen vorläufigen Aufnahme wegen einer rechtskräftigen Landesverweisung Art. 83 Abs. 9 AIG;
- Künftig bei temporärer Nichtgewährung der erneuten vorläufigen Aufnahme nach unerlaubter Heimatreise (Art. 83 Abs. 9^{bis} E-AIG);
- Künftig bei temporärer Nichtgewährung der erstmaligen vorläufigen Aufnahme wegen unerlaubter Heimatreise durch asylsuchende oder schutzbedürftige Personen (Art. 83 Abs. 9^{ter} E-AIG);

⁵⁴ OFK/Migrationsrecht-DE WECK, StGB 66d N 9 f.; SCHÄR, 5.

- Bei Aufhebung der vorläufigen Aufnahme, wenn sich der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nach der Aufhebung als nicht möglich, nicht zumutbar oder nicht zulässig erweist, jedoch Ausschlussgründe vorliegen und eine erneute vorläufige Aufnahme ausgeschlossen ist;
- Bei Erlöschen der vorläufigen Aufnahme wegen definitiver Ausreise im Sinne von Art. 26a VVWAL (Art. 84 Abs. 4 AIG), wenn sich die betroffene Person weiterhin in der Schweiz aufhält und der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist;
- Bei Erlöschen der vorläufigen Aufnahme wegen nicht bewilligten Auslandsaufenthaltes von mehr als zwei Monaten (Art. 84 Abs. 4 AIG), wenn sich die betroffene Person weiterhin in der Schweiz aufhält und der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist;
- Bei Erlöschen der vorläufigen Aufnahme wegen Landesverweisung (Art. 83 Abs. 9 AIG), wenn sich die betroffene Person weiterhin in der Schweiz aufhält und der Vollzug der Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist.

Statuslose Personen leben in extremer Prekarität. Sie können keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind meist auf Nothilfe angewiesen, leben häufig in Kollektivunterkünften – mit keiner oder nur sehr wenig Privatsphäre – und sind von Integrationsangeboten sowie Sprachkursen ausgeschlossen.⁵⁵ Und das nicht nur für kurze Zeit, sondern wegen dem Fortbestehen der Vollzugshindernisse vielfach auf lange und unbestimmte Zeit.

V. Vereinbarkeit der neuen Statuslosigkeit mit völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen?

Statuslose Personen im Sinne der vorliegenden Untersuchung leben in einer Situation extremer Prekarität, und ihre Situation ist faktisch ausweglos: Sie sind zwar schutzberechtigt, da der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist, gleichzeitig ist der Staat aber nicht schutzwilling und versagt ihnen daher ein gesetzliches Anwesenheitsrecht. Mehr noch: Wenn mit Fug und Recht von Personen, die aus dem Asylsystem ausscheiden und ausreisen sollten, dies aber nicht können, gesagt wird, dass sie von Politik und Gesellschaft ignoriert werden⁵⁶, gilt dies nicht auch für statuslose Personen im Sinne der vorliegenden Untersuchung. Zwar hat der Gesetzgeber bei der Schaffung der Ausschlussgründe von Art. 83 Abs. 7 AIG nicht willentlich eine Situation von Statuslosigkeit geschaffen.⁵⁷ Aber bereits bei Art. 83 Abs. 9 AIG war sich der Gesetzgeber sehr wohl bewusst, dass es zu

⁵⁵ Siehe hierzu EKM, Personen, die aus dem Asylsystem ausscheiden: Profile, (Aus-)Wege, Perspektiven – Ein Kurbericht der EKM, 2019, 16 ff.

⁵⁶ EKM, Personen, die aus dem Asylsystem ausscheiden: Profile, (Aus-)Wege, Perspektiven – Ein Kurbericht der EKM, 2019, 3.

⁵⁷ SCHÄR, 3 f. sowie 35.

Situationen der Statuslosigkeit kommen würde. Im Rahmen der vorgeschlagenen Ausweitung der Ausschlussgründe sowie der Neuformulierung der Erlöschensgründe gibt der Bundesrat nunmehr in seinem erläuternden Bericht erschreckend unumwunden und offen zu, dass in verschiedenen Konstellationen die Rechtsfolge der Statuslosigkeit eintreten wird.⁵⁸ **Politik und Gesellschaft wollen ganz bewusst ausweglose Prekarität.** Ist diese bewusste Schaffung von Statuslosigkeit mit den völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Vorgaben vereinbar?

a. Flüchtlingskonvention

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Flüchtlingskonvention, SR 0.142.30) statuiert, wer als Flüchtling im Sinne der Konvention gilt sowie welche Rechte Flüchtlinge haben. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, Personen, die die Flüchtlingseigenschaft erfüllen, als Flüchtlinge anzuerkennen, sie nicht in Verfolgerstaaten zurückzuschicken (flüchtlingsrechtliches Refoulementverbot) und ihnen eine Reihe ziviler, wirtschaftlicher und sozialer Rechte einzuräumen.⁵⁹

Die Statuslosigkeit anerkannter Flüchtlinge steht im diametralen Gegensatz zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Flüchtlingskonvention und ist mit den Verpflichtungen der Schweiz aus der Flüchtlingskonvention nicht vereinbar.⁶⁰ Denn ohne anwesenheitsrechtlichen Status können anerkannte Flüchtlinge keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, keine Integrationsangebote in Anspruch nehmen und auch nicht die weiteren in der Flüchtlingskonvention gewährten Rechte wahrnehmen. Die Schaffung einer anwesenheitsrechtlichen Aufangregelung für statuslose anerkannte Flüchtlinge erscheint daher notwendig, um die aus der Flüchtlingskonvention fliessenden Verpflichtungen zu erfüllen.

b. Menschenwürde

Die Statuslosigkeit trifft die betroffenen Personen in zentralen Aspekten ihrer Würde und Persönlichkeit. Die mit der Statuslosigkeit verbundene Perspektivenlosigkeit – Arbeitsverbot, Abhängigkeit von Nothilfe, fehlende Aussicht auf eine Regelung der anwesenheitsrechtlichen Situation etc. – höhlt die durch Art. 7 BV geschützte Menschenwürde aus. Diese sichert dem

⁵⁸ Mehrere Passagen auf S. 13 im erläuternden Bericht.

⁵⁹ CARONI/SCHIEBER/PREISIG/ZOETEWELJ, 367 f.

⁶⁰ «Für diese wäre ein Nicht-Status mit den Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention unvereinbar, da zumindest die durch die Genfer Flüchtlingskonvention garantierten Rechte - ähnlich wie bei vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen - gewährt werden müssten. Diese umfassen unter anderem Sozialleistungen, einen Reiseausweis für Flüchtlinge und den Arbeitsmarktzugang», UNHCR, Stellungnahme zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes, September 2012, 15; OFK/Migrationsrecht-DE WECK, StGB 66d N 9; ZURBRÜGG/HRUSCHKA, BSK, Art. 66a N 82 ff.

Einzelnen eine würdevolle Existenz zu und räumt jedem Menschen ein Minimum an Entfaltungsmöglichkeiten ein.⁶¹ Statuslose Personen haben keine Chance, aus ihrer Situation herauszukommen: Der Staat darf nicht erwarten, dass sie in eine Verfolgungssituation oder in eine Situation schwerer Menschenrechtsverletzungen ausreisen. Der gleiche Staat verschliesst den Betroffenen aber auch jegliche positiven Entwicklungen und Perspektiven. Die durch einen Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme oder die Beendigung der vorläufigen Aufnahme vom Staat herbeigeführte bewirkte Statuslosigkeit verletzt das Recht auf eine würdevolle Existenz und somit Art. 7 BV: «Führt eine rechtliche Regelung im Ergebnis dazu, dass die Lebenschancen des Einzelnen in zentraler Weise beeinträchtigt werden, wird ein menschenwürdiges Leben in Frage gestellt».⁶²

Das in Art. 12 BV verankerte Recht auf Nothilfe vermag in den besonderen Umständen, in denen sich statuslose Personen befinden, keine genügende Abhilfe zu verschaffen. Denn die Ausgestaltung der Nothilfe im Migrationsbereich zielt darauf ab, die Nothilfe beziehenden Personen zur Ausreise zu bewegen. So führt etwa auch das Bundesgericht aus, dass Nothilfe «nur das absolute Existenzminimum deckt und bloss als Überbrückungshilfe für die beschränkte Dauer der Notlage bzw. des Vollzugs der Wegweisung gedacht ist»⁶³. Bei statuslosen Personen kann die Ausreise aber gerade nicht das Ziel der Leistung von Nothilfe sein. Nothilfe genügt in der Situation statusloser Personen, bei denen die Vollzugshindernisse häufig sehr lange bestehen bleiben und die sich daher längerfristig in der Schweiz aufhalten werden nicht, um eine würdevolle Existenz und gewisse Entfaltungsmöglichkeiten zu sichern.

c. *Perspektivenlosigkeit als Menschenrechtsverletzung?*

1996 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Fall *Ahmed gegen Österreich*⁶⁴ zu beurteilen. Der Fall betraf einen somalischen Staatsangehörigen, der in Österreich zwar als Flüchtling anerkannt worden war, wegen Straffälligkeit jedoch kein Anwesenheitsrecht erhalten hatte. Der Gerichtshof urteilte ganz auf der Linie seiner ständigen Rechtsprechung zu Art. 3 EMRK, wonach es nicht relevant ist, welchen Status bzw. ob Beschwerdeführende ein Anwesenheitsrecht im betreffenden Staat erhalten. Entscheidend ist lediglich, dass die Vertragsstaaten keine Ausschaffung vornehmen, sofern stichhaltige Gründe für die Annahme eines tatsächlichen Risikos einer menschenrechtswidrigen Behandlung im Zielstaat vorliegen. Damit verkennt der Gerichtshof, dass Statuslosigkeit die Wahrnehmung grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Rechte verhindert – und im Einzelfall gar eine unmenschliche Behandlung darstellen kann. Der Beschwerdeführer in *Ahmed gegen Österreich* beging am 15. März 1998, 15 Monate nach dem Urteil des Gerichtshofes, auf dem Platz der Menschenrechte in Graz Selbstmord.

⁶¹ KIENER/KÄLIN/WYTENBACH, 128 ff.

⁶² KIENER/RIEDER, 96.

⁶³ BGE 138 I 246, E. 3.3.2.

⁶⁴ EGMR, *Ahmed gegen Österreich*, Beschwerde Nr. 25964/94, Urteil vom 17. Dezember 1996.

Die Frage der Perspektivenlosigkeit als Menschenrechtsverletzung wurde im Gegensatz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vom Bundesgericht ernst genommen. In BGE 138 I 242 hatte das Bundesgericht zu beurteilen, ob dem Beschwerdeführer aus Bangladesch gestützt auf das in Art. 8 EMRK verankerte Recht auf Achtung des Privatlebens ausnahmsweise eine Anwesenheitsberechtigung zu erteilen sei. Der Beschwerdeführer musste nach Abweisung seines Asylgesuches mehr als 13 Jahre lang Nothilfeleistungen beziehen, da der zuständige Kanton trotz nicht durchführbarem Vollzug der Wegweisung sich weigerte, dem SEM die vorläufige Aufnahme oder die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen zu beantragen. Das Bundesgericht kam zum Schluss, dass sich in ausserordentlichen Situationen bei langer Anwesenheit und jahrelanger Nothilfeabhängigkeit aus Art. 8 EMRK ein Anspruch auf Bereinigung des Anwesenheitsstatus ergebe.

d. *Anstelle eines Fazits: Plädoyer für die Schaffung einer anwesenheitsrechtlichen Auffangregelung für statuslose Personen*

Angesichts der soeben ausgeführten völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Probleme, die mit der Einführung und Ausweitung der neuen Statuslosigkeit verbunden sind, erstaunt es, dass der Bundesrat weiterhin auf die Schaffung einer anwesenheitsrechtlichen Auffangregelung verzichtet. Es stellt sich die Frage, ob der Verzicht auf eine solche Auffangregelung überhaupt im Interesse des Staates ist. Kann es für einen Staat von überwiegendem öffentlichem Interesse sein, dass sich statuslose Personen im Land aufhalten? Dient dies tatsächlich einem öffentlichen Interesse – oder ist es nur Schlagwort für die politische Debatte? Beim Staat entstehen Kosten und eine Unsicherheit darüber, wo sich diese Personen befinden. Das ist umso gravierender bei Personen, die straffällig geworden sind. Ihre Chancen auf eine erfolgreiche Resozialisierung nach Verbüssung ihrer Strafe wird ohne rechtlichen Status geschmälert und gleichzeitig wird eine zusätzliche Gefährdung der Gesellschaft in Kauf genommen. Hinzu kommt, dass die Integration statusloser Personen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft angesichts der Tatsache, dass viele der Betroffenen faktisch ihr ganzes restliches Leben in der Schweiz verbringen werden, einem öffentlichen Interesse entspricht. Sollte für die neuen Situationen der Statuslosigkeit nicht eine anwesenheitsrechtliche Auffangregelung geschaffen werden, wenn schon ein positiv ausgestaltetes gesetzliches Anwesenheitsrecht ausserhalb des Möglichen liegt?

VI. Folgerungen

Aufgrund der vorangehenden Ausführungen können die von der Auftraggeberin gestellten Fragen wie folgt beantwortet werden:

- Welche Gründe führen zur Beendigung (Aufhebung und Erlöschen) der vorläufigen Aufnahme?
 - Die vorläufige Aufnahme wird **aufgehoben**, wenn die Voraussetzungen für die vorläufige Aufnahme nicht mehr gegeben sind (Art. 84 Abs. 2 AIG) oder Ausschlussgründe vorliegen (Art. 84 Abs. 3 i.V.m. Art. 83 Abs. 7 AIG).⁶⁵
 - Die vorläufige Aufnahme **erlischt**, wenn die betreffenden Personen definitiv aus der Schweiz ausreisen, eine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz erhalten, einen nicht bewilligten Auslandsaufenthalt von mehr als zwei Monaten absolvieren (alle Art. 84 Abs. 4 AIG) sowie bei einer rechtskräftigen Landesverweisung (Art. 83 Abs. 9 AIG).⁶⁶ Künftig soll der Erlöschensgrund der definitiven Ausreise neu definiert werden (Art. 84 Abs. 4 E-AIG).⁶⁷
- Welche Behörde kann die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme beantragen und verfügen? In welchem Verfahren und mit welchem Rechtsschutz erfolgt die Aufhebung oder das Erlöschen der vorläufigen Aufnahme?
 - Die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme bei **Entfallen der Voraussetzungen** für die vorläufige Aufnahme im Rahmen der periodischen Überprüfung durch das SEM, bei Vorliegen von **Ausschlussgründen** auf Antrag der Kantone, von fedpol oder NDB.⁶⁸
 - Das SEM verfügt die **Aufhebung** der vorläufigen Aufnahme mittels beschwerdefähiger Verfügung; der Rechtsweg ans Bundesverwaltungsgericht steht offen.⁶⁹
 - Bei **Erlöschen** der vorläufigen Aufnahme erlässt das SEM eine Feststellungsverfügung, die mit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht angefochten werden kann.⁷⁰
- Welche Konstellationen ergeben sich bzw. können sich ergeben bei einer Beendigung der vorläufigen Aufnahme? Mit welchen rechtlichen Konsequenzen?

⁶⁵ Vorne III./a.

⁶⁶ Vorne III./b.

⁶⁷ Vorne III./c.

⁶⁸ Vorne III./a.

⁶⁹ Vorne III./a.

⁷⁰ Vorne III./b.

- Rechtsfolge der **Aufhebung** der vorläufigen Aufnahme ist in aller Regel der Vollzug der Aus- oder Wegweisung, allenfalls eine erneute vorläufige Aufnahme (bei erneutem Vorliegen von Vollzugshindernissen) sowie in seltenen Fällen die Statuslosigkeit.⁷¹
 - Rechtsfolge des **Erlöschens** der vorläufigen Aufnahme ist entweder der Erwerb eines neuen aufenthaltsrechtlichen Status in der Schweiz oder im Ausland, eine erneute vorläufige Aufnahme (sofern keine Ausschlussgründe vorliegen) oder die Statuslosigkeit, sofern der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist und Ausschlussgründe vorliegen.⁷²
 - Zu den **rechtlichen Konsequenzen** der Statuslosigkeit siehe vorne IV./d.
- Welche verfassungs- und völker- bzw. menschenrechtlichen Probleme ergeben sich aus der Beendigung der vorläufigen Aufnahme?
 - Im Vordergrund stehen hier die Unvereinbarkeit der Statuslosigkeit mit der **Flüchtlingskonvention**⁷³, mit dem Grundrecht auf **Menschenwürde**⁷⁴ sowie der **Perspektivenlosigkeit** der Lebensumstände⁷⁵.

⁷¹ Vorne IV./b.

⁷² Vorne IV./c. sowie zu den verschiedenen Konstellationen, in denen von Statuslosigkeit entsteht, vorne IV./d.

⁷³ Vorne V./a.

⁷⁴ Vorne V./b.

⁷⁵ Vorne V./c.

Bibliographie

- BOLZLI PETER Kommentierung der Art. 83 und 84 AIG, in: Spescha Marc/Zünd Andreas/Bolzli Peter/Hruschka Constantin/de Weck Fanny/Priuli Valerio (Hrsg.), OFK-Migrationsrecht 5. Aufl., Zürich 2019 (zit. OFK/Migrationsrecht-BOLZLI, Art. ... N ...)
- CARONI MARTINA/SCHEIBER NICOLE/PREISIG CHRISTA/ZOETEWIJ MARGRIT Migrationsrecht, 4. Auflage, Bern 2018
- DE WECK FANNY Kommentierung des Art. 66d StGB, in: Spescha Marc/Zünd Andreas/Bolzli Peter/Hruschka Constantin/de Weck Fanny/Priuli Valerio (Hrsg.), OFK-Migrationsrecht, 5. Aufl., Zürich 2019 (zit. OFK/Migrationsrecht-DE WECK, Art. ... N ...)
- EKM Personen, die aus dem Asylsystem ausscheiden: Profile, (Aus)Wege, Perspektiven – Ein Kurzbericht der Eidgenössischen Migrationskommission EKM basierend auf einer Studie von KEK-Beratung GmbH, Bern 2019
- GATTIKER MARIO Die Reform der vorläufigen Aufnahme, in: ASYL Sondernummer 2018, S. 28 ff.
- ILLES RUEDI Kommentierung der Art. 83 und Art. 84 AuG, in: Caroni Martina/Gächter Thomas/Thurnherr Daniela (Hrsg.), Stämpfli Handkommentar zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen, Bern 2010 (zit. ILLES, Art. ... N ...)
- KIENER REGINA/KÄLIN WALTER/WYTENBACH JUDITH Grundrechte, 3. Auflage, Bern 2018
- KIENER REGINA/RIEDER ANDREAS Vorläufige Aufnahme, die Optik der Grundrechte, Juristisches Gutachten im Auftrag der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), September 2003
- SCHÄR FIONA Willentlich geschaffene Sans-Papiers? Eine Arbeit über den Ursprung, die Anwendung, die Konsequenzen und die Legitimität von Art. 83 Abs. 7 AuG, unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Luzern, 2018
- SILLE IRINA Die Konstruktion der vorläufigen Aufnahme im politischen Prozess: Zwischen moralischer Argumentation und humanitärem Anspruch, in ASYL 2/17, S. 3 ff.

ZURBRÜGG MATTHIAS/
HRUSCHKA CONSTANTIN

Kommentierung des Art. 66a StGB, in: Niggli Alexander/Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht (StGB/JStGB), 4. Aufl., Basel 2018 (zit. ZURBRÜGG/HRUSCHKA, BSK, Art. ... N ...)

Materialien

Bericht des Bundesrates «Vorläufige Aufnahme und Schutzbedürftigkeit: Analyse und Handlungsoptionen» vom 14. Oktober 2016, erhältlich unter <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/aktuell/news/2016/2016-10-14/ber-va-d.pdf> (letztmals besucht am 15. Juni 2020)

(zit. Bericht des Bundesrates «Vorläufige Aufnahme und Schutzbedürftigkeit: Analyse und Handlungsoptionen»)

Erläuternder Bericht des Bundesrates zur Vernehmlassung Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) - Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme erhältlich unter [https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/3075/AIG-Reisen-ins-Ausland Erl.-Bericht de%20.pdf](https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/3075/AIG-Reisen-ins-Ausland_Erl.-Bericht_de%20.pdf) (letztmals besucht am 15. Juni 2020)

(zit. Erläuternder Bericht, S. ...)

Staatssekretariat für Migration, Weisungen und Erläuterungen, I. Ausländerbereich (Weisungen AIG), erhältlich unter <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/rechtsgrundlagen/weisungen/auslaender/weisungen-aug-d.pdf> (letztmals besucht am 15. Juni 2020)

(zit. Weisungen SEM, ...)

Vernehmlassungsunterlagen (Vorlage, Bericht etc.) zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme, 2019, erhältlich unter <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2019.html> (letztmals besucht am 15. Juni 2020)

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AIG	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005 (Ausländer- und Integrationsgesetz, SR 142.20)
Art.	Artikel
AsylG	Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (SR 142.31)
Aufl.	Auflage
AuG	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. Dezember 2005 (Ausländergesetz, SR 142.20)
AVB	Bundesbeschluss über das Asylverfahren
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BGer	Schweizerisches Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, SR 173.110)
BSK	Basler Kommentar
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (St. Gallen)
BVGer	Schweizerisches Bundesverwaltungsgericht
d.h.	das heisst
E-AIG	Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005 (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG, erhältlich unter https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/3075/AIG-Reisen-ins-Ausland_Entwurf_de.pdf (letztmals besucht am 15. Juni 2020)
E.	Erwägung

EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKM	Eidgenössische Migrationskommission
etc.	et cetera
f.	und folgende/folgender
fedpol	Bundesamt für Polizei
ff.	und fortfolgende
lit.	litera
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (SR 321.0)
N	Randnote
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
Nr.	Nummer
OFK	Orell Füssli Kommentar
S	Seite(n)
SEM	Staatssekretariat für Migration
SR	Systematische Rechtssammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
VGG	Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht vom 17. Juni 2005 (Verwaltungsgerichtsgesetz, SR 173.32)
vgl.	vergleiche
VVWAL	Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen vom 11. August 1999 (SR 142.281)
z.B.	zum Beispiel
ZEMIS	Zentrales Migrationsinformationssystem
Ziff.	Ziffer